

# Kein Land in Sicht?

## Brasiliens Agrarfrage im Zeichen des Klimawandels

### Protokoll Forum 5: Kampf um Land und Ernährungssouveränität

**Input:** Marcelo Netto Rodrigues (MST, Brasilien), Antonio Lupo (Amig@s do MST, Italien)

**Moderation:** Benjamin Bunk (Amig@s do MST)

**Protokoll:** Tobias Schmitt

Die Fläche des Staates Brasilien ist mit ca. 850 Mio. Hektar etwa 24-mal so groß wie die Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Abzüglich der Fläche für Schutzgebiete und sonstige Nutzungen sind ca. 450 Mio. ha landwirtschaftlich nutzbar. Momentan werden jedoch nur 54 Mio. ha Land (12% der nutzbaren Fläche) landwirtschaftlich genutzt. Es wäre also durchaus möglich, die landwirtschaftliche Produktion Brasiliens noch weiter zu erhöhen. Jedoch stellt sich die Frage, was und für wen auf dieser Fläche produziert wird. In den letzten Jahren ist vor allem die Anbaufläche für Soja enorm gestiegen. Wurden 2003 noch auf 18 Mio. ha Soja – insbesondere für die Tiermast – angebaut, so werden heutzutage rund 25 Mio. ha für den Sojaanbau genutzt. Hinzu kommen noch ca. 14 Mio. ha Mais, 9-10 Mio. ha Zuckerrohr und etwa 7 Mio. ha, die mit Forstplantagen (Eukalyptus & Kiefern) bedeckt sind. Seit der Legalisierung von genveränderten Pflanzen während der ersten Amtszeit Lulas geht man davon aus, dass mindestens 12 Mio. ha Land allein mit gentechnisch verändertem Soja bepflanzt sind. Darüber hinaus ist Brasilien der größte Obst- und Rindfleischproduzent der Welt und somit eines der Länder mit der größten Nahrungsmittelproduktion weltweit.

Auf der anderen Seite leben in Brasilien schätzungsweise 50 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Offizielle Angaben sprechen immerhin noch von 25-32 Mio. Menschen, die um das tägliche Überleben kämpfen müssen. Diese eklatanten Widersprüche sind sicherlich auch durch die extreme (Land)-Besitzkonzentration zu erklären. Laut Statistiken des brasilianischen statistischen Bundesamtes IBGE ist die Landkonzentration in den letzten 20 Jahren unverändert geblieben. Noch immer besitzen 1% der ländlichen Betriebe 40% der Ländereien, während die Klein- und Kleinstbetriebe, die immerhin ca. 84% der Betriebe ausmachen, lediglich über 24% der Ländereien verfügen. Trotzdem beschäftigen sie 80% der in der Landwirtschaft tätigen Personen und stellen 38% der nationalen Nahrungsmittelproduktion her. Hinzu kommen die oligopolen Strukturen des Lebensmittelmarktes, der von zwanzig großen, meist multinationalen Unternehmen beherrscht wird. Folge dieser strukturellen Ungleichheiten ist die Vertreibung von Millionen von Menschen vom Land in die Städte Brasiliens – ein Prozess, der sich in den letzten zehn Jahren unaufhaltsam fortgesetzt hat.

Die Landlosenbewegung MST hat es in den letzten 25 Jahren geschafft, sich über 14 Mio. ha Land für die Inbesitznahme durch landlose Kleinbauern und –bäuerinnen anzueignen. Laut Agrarreformbehörde INCRA werden in Brasilien rund 120 Mio. ha Land nicht ausreichend produktiv genutzt. Darüber hinaus spricht Ronaldo Caiado, ehemaliger Vorsitzender der politischen Organisation der Großgrundbesitzer UDR (União Democrática Ruralista), davon, dass etwa 160 Mio. ha Land als *terras devolutas* existieren. Unter *terras devolutas* versteht man Ländereien, die im Eigentum des Bundesdistrikts, der Bundesstaaten oder der Gemeinden stehen, aber keinem öffentlichen Nutzen dienen. Somit existieren in Brasilien rund 280 Mio. ha Land, die laut Verfassung für eine Agrarreform in Frage kommen würden.

## Die brasilianische Landgesetzgebung

Bereits 1850, noch vor der offiziellen Abschaffung der Sklaverei 1888, wurde das erste Landstatut verabschiedet, das die Besitzverhältnisse regelte und Land zur Handelsware deklarierte: nachdem bisher der Landtitel vom Königs- oder Kaiserhaus verliehen wurde, sollte nunmehr der Zugang zu Land über Geld geregelt werden. Dadurch war den befreiten Sklaven der Zugang zu Land verwehrt, so dass sie nunmehr als billige Arbeitskräfte auf dem Land und in den Städten zur Verfügung standen. Somit konnten über die Landgesetzgebung die Ausbeutungsverhältnisse weiterhin aufrecht erhalten werden.

In dem Landstatut von 1964 wurde insbesondere die soziale und gesellschaftliche Dimension des Landbesitzes festgeschrieben. Jedoch kam es zu Zeiten der Militärdiktatur nicht zu einer Durchführung von Landreformen. Vielmehr wurde eine industrialisierte Landwirtschaft gefördert und zur Ruhigstellung der ländlichen sozialen Bewegungen vor allem Kolonisationsprojekte im Amazonasgebiet durchgeführt.

Mit der Verfassung von 1988 wurden die Kriterien für eine produktive Nutzung des Landbesitzes erneut festgeschrieben. Somit wird ein Land produktiv genutzt, wenn

1. 20% des Landbesitzes als Waldschutzgebiet belassen wird (*reserva legal*)
2. 80% des Landbesitzes abzüglich steinigere Böden, Wasserläufen, etc. produktiv genutzt wird
3. die sozialen Standards für die LandarbeiterInnen eingehalten werden (Zahlung der Sozialabgaben, Einhaltung der Arbeitsnormen etc.)
4. der Grundbesitz zur lokalen Entwicklung beiträgt.

Diese vier Kriterien müssen erfüllt sein, damit Land als produktiv angesehen werden kann. In der gesellschaftlichen Debatte wird jedoch meist nur über die ökonomische Dimension der Produktivität von Land gesprochen, während die sozialen und ökologischen Kriterien ausgeblendet werden. Seit Jahren versucht der MST nun, eine Überprüfung der Produktivitätsvorgaben der Regierung einzufordern, die 1980 letztmalig geändert wurden. Als oberstes Organ der Exekutive sollte es Präsident Lula möglich sein, diese Neubestimmung vorzunehmen, jedoch versuchen die VertreterInnen der Großgrundbesitzer eine Zustimmungspflicht durch das Parlament durchzusetzen.

Die Forderungen des MST und anderer sozialer Bewegungen beruhen nicht nur auf Forderungen nach einer bloßen Vergabe von Land im Sinne einer traditionellen Landreform. Vielmehr sollte bei einer basisorientierten Agrarreform (*Reforma Popular*) den ErzeugerInnen von Agrarprodukten auch die Möglichkeit gegeben werden, ihre Produkte weiterzuverarbeiten und zu veredeln. Somit soll die Wertschöpfung bereits in den Agrarsiedlungen möglich werden, damit die Landwirte nicht gezwungen sind, ihre Produktion billig an Zwischenhändler und Konzerne zu verkaufen. Darüber hinaus kann eine Agrarreform nur innerhalb eines Modells einer ökologisch integrierten Landwirtschaft stattfinden, um als Gegenmodell zur industriellen Produktion des Agrobusiness fungieren zu können.

## Bewertung Regierung Lula

Aus Sicht des MST hatte die Regierung Lula bei ihrem Amtsantritt die historische Chance gehabt, mit Unterstützung der sozialen Bewegungen eine neue Agrarpolitik mit Schwerpunkt auf einer ökologischen Familienlandwirtschaft durchzusetzen. Jedoch hat sich Lula für einen anderen Weg und für die Stärkung des Agrobusiness entschlossen. Allein die Tatsache, dass das Agrobusiness das Fünffache der staatlichen Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft erhält, spricht eine deutliche Sprache. Somit sind sich die Protagonisten des

MST bewusst, dass sich allein auf demokratischem Weg über Wahlen und Parlamente keine basisorientierte Agrarreform durchsetzen lässt. Für einen spürbaren Fortschritt bei den Bemühungen, an den strukturellen Bedingungen im ländlichen Raum Brasiliens etwas zu verändern, werden auch weiterhin viel Druck von der Straße, unzählige Mobilisierungen und direkte Aktionen nötig sein.

## **Ernährungssouveränität**

Bei der Frage nach der Versorgung mit Nahrungsmitteln ist es zunächst einmal wichtig, eine begriffliche Unterscheidung vorzunehmen, da hinter den Begriffen Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität sehr unterschiedliche Konzepte stehen, die das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten und denen ein unterschiedliches emanzipatorisches Potenzial innewohnt.

Bei der Frage der Ernährungssicherheit, ein Konzept, das auch von internationalen Organisationen wie der FAO (Food and Agriculture Organisation) propagiert wird, handelt es sich in erster Linie um ein quantitatives Konzept, bei dem die Versorgung mit einer ausreichenden Anzahl von Kalorien pro Person im Mittelpunkt steht. Aufgrund der Fokussierung auf die relativ undifferenzierte, quantitative Versorgungslage ist das Konzept auch für große multinationale Konzerne (Monsanto & Co.) und Diskurse über Produktionssteigerungen im Sinne einer Grünen Revolution und den Einsatz von genveränderten Nahrungsmitteln (golden rice) anschlussfähig.

Im Gegensatz dazu steht das Konzept der Ernährungssouveränität, das neben der Konsum- auch die Produktionsseite der Nahrungsmittel mit einbezieht. Zunächst wird darunter das Recht aller Völker, Länder und Gemeinschaften verstanden, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik eigenständig zu gestalten. Darüber hinaus beinhaltet das Konzept die Forderung nach der Durchführung von Landreformen, die Achtung der Rechte der BäuerInnen und LandarbeiterInnen, die Ablehnung des Einsatzes von Gentechnik und die Umsetzung einer umweltfreundlichen, nachhaltigen Landwirtschaft. Somit kann das Konzept explizit als Kritik an dem Modell einer industrialisierten Landwirtschaft und deren marktförmige Auswirkungen (Landspekulationen, Nahrungsmittelbörsen und Future-Handel, gewinnorientierte Produktion, Einsatz von Agrarchemikalien usw.) angesehen werden. Vor dem Hintergrund, dass 75% der Menschen, die weltweit an Hunger und Unterernährung leiden müssen, Bauern und Bäuerinnen sind, die selber Lebensmittel herstellen, zielt das Konzept in erster Linie auf eine Versorgung der lokalen ländlichen Bevölkerung und der Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ab.

Für eine Umsetzung der Ernährungssouveränität ist auch eine Neuausrichtung des Verhältnisses zu Land, Wasser und Nahrung vonnöten, wobei auch deren spirituelle Dimensionen einbezogen werden müssen. Darüber hinaus sind auch die internationalen Verflechtungen des Agrarhandels und dessen Abhängigkeitsstrukturen zu berücksichtigen. Somit stellt der Kampf gegen das ausbeuterische Agrarmodell eine Herausforderung für die internationale Solidaritätsbewegung dar. Dabei reicht es nicht, in Ländern wie Brasilien eine Agrarreform einzufordern. Gleichzeitig müssen unsere Gewohnheiten als KonsumentInnen (bspw. Fleischkonsum, Nachfrage nach Agrartreibstoffen), die Verflechtung internationaler Unternehmen, die Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik usw. in die Auseinandersetzung um die Ernährungssouveränität integriert werden.

## **Zusammenfassung / Forderungen an Regierung Lula**

### **1. Agrarmodell**

- ⇒ Die Frage nach der Ernährungssicherheit führt unweigerlich zu der Frage nach dem Agrarmodell, das von der Regierung Lula unterstützt wird
- ⇒ Agrobusiness vs. familiäre Landwirtschaft => ist ein Nebeneinander möglich?
- ⇒ wer bekommt staatliche Förderungen – in welchem Umfang?
- ⇒ Forderung nach der Unterstützung der kleinbäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft als Voraussetzung für eine nachhaltige Regionalentwicklung

## 2. Ernährungssicherheit heißt:

- ⇒ Verhältnis zu Land, Wasser, Energie neu zu definieren
- ⇒ gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen
- ⇒ spirituelle Dimensionen mit einbeziehen
- ⇒ keine Privatisierung, Kommodifizierung der natürlichen Ressourcen
- ⇒ Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft
- ⇒ ökologische Nachhaltigkeit: Reduzierung der Agrarchemikalien
- ⇒ soziale Nachhaltigkeit: menschenwürdige Arbeitsbedingungen

## 3. Konsumverhalten

- ⇒ Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen usw. sind wichtig, um sowohl im Norden als auch im Süden ein Bewusstsein für die Thematik mit all ihren Dimensionen zu schaffen

## 4. Frage der Repräsentation

- ⇒ Inwiefern werden die Interessen von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Parlament & Regierung vertreten?
- ⇒ Worauf zielen die Bemühungen von sozialen Bewegungen?
- ⇒ Wie können Forderungen umgesetzt werden?

### Tafelmitschriften:

- mudança dos hábitos de consumo. “sentir no bolso”
- estrutura do transporte (e das cidades)
- nacionalidades inexistem
- argumentos nacionalistas impedem soluções!

Präsentation Almute Heider (KoBra / MISEREOR)

### Fragen an die PräsidentschaftskandidatInnen 2010:

1. Welches Entwicklungsmodell soll verfolgt werden und welches Agrarmodell soll mit diesem verbunden sein? Konkret: Welche Bedeutung soll zukünftig das Agrobusiness haben, welche die kleinbäuerliche Landwirtschaft? Welcher der beiden Sektoren soll in welchem Umfang staatliche Förderungen erhalten und in welcher Form?
2. Wir streben Ernährungssouveränität an. Diese geht über Ernährungssicherung hinaus. Das bedeutet:

- a) Unser Verhältnis zu Land, Wasser und Energie muss neu definiert werden. Land, Wasser und Energie sind Gemeingüter. alle Menschen müssen Zugang zu diesen Gütern haben. Diese dürfen nicht als Waren in Märkten aufgehen, die Teile der Menschheit vom Marktgeschehen systematisch ausschließt oder benachteiligt und eine ungerechte Verteilung der Güter zum Resultat hat.
- b) Wir streben eine kleinbäuerliche Landwirtschaft an, die ökologisch und kooperativ wirtschaftet sowie sich in Verarbeitung und Vermarktung etabliert (Anteil an Wertschöpfungskette ausweiten). Vertragslandwirtschaft lehnen wir ab.
- c) Wir streben soziale und ökologische Nachhaltigkeit in den ländlichen/landwirtschaftlichen Strukturen und Praktiken an. Dies bedeutet auch die Reduzierung der Agrargifte sowie Transparenz über Produkte und Produktionsprozesse für VerbraucherInnen.
- d) Der landwirtschaftliche Sektor soll als arbeitsintensiver Sektor weiterentwickelt werden. Die Arbeitsbedingungen dürfen die Menschenwürde nicht verletzen.

Wie steht der Kandidat/die Kandidatin zu diesen Positionen?

- 3. Ernährungssouveränität bedeutet auch die Veränderung des allgemeinen Konsumverhaltens. Insbesondere müssen Konsumenten dafür gewonnen werden, regionale und nachhaltige Produkte zu bevorzugen und damit regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Dafür muss Aufklärung betrieben werden, über öffentliche Kampagnen, auch an Schule.

Wie steht der Kandidat/die Kandidatin zu diesen Positionen?

- 4. Die beschriebenen Positionen und Interessen haben bisher keine nachhaltige Repräsentation in Regierungspolitiken gefunden. Eine wirkliche Agrarreform mit dem Ziel der Ernährungssouveränität hat nicht stattgefunden. Wie sollen diese politischen Interessen und Positionen der sozialen Bewegungen in der zukünftigen Regierungspolitik und im Parlament Gehör finden und beachtet werden?